

Florian Post, MdB
 Claudia Tausend, MdB

SPD

Für UNS in Berlin

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

In den letzten Wochen hat der **unwürdige Zwist der Unionsparteien** leider das ganze Land in Atem gehalten. Nach der vorläufigen Einigung der zerstrittenen Schwesterparteien und der **gestrigen Einigung im Koalitionsausschuss** hoffen wir, dass die Union und – insbesondere die CSU – ihrer Verantwortung als Mitglied der Regierung gerecht wird, damit die Große Koalition etwas für die Menschen im Land bewegen kann. Ein gutes Beispiel hierfür ist unser Antrag für eine schnelle Regelung zur verpflichtenden Einführung von **Abbiegeassistenzsystemen für LKW**. Darüber hinaus machen wir uns stark für ein **bezahlbares Dach über dem Kopf** – die drängendste soziale Frage in München. Zu diesem Zweck wollen wir mit einem Mietrechtspaket die **Bedingungen für Mieter verbessern**. Viel Spass bei der Lektüre.

Florian Post Claudia Tausend

Die Welt im Umbruch - Perspektiven deutscher Außenpolitik

Am 18. Juni hatte Christian Ude in seiner Vorlesungsreihe Politik der Woche der VHS München Sigmar Gabriel zu Gast. Thema: „Die Welt im Umbruch - Perspektiven deutscher Außenpolitik“! Der Saal war brechend voll, so dass leider nicht alle Platz fanden. Sigmar Gabriel hat aber bereits sein erneutes Kommen zugesagt.



“Das Land wird irre an der nicht geklärten Diskussion über die Flüchtlingsfrage. Nicht die Debatte an sich ist falsch. Das, was die Union aber gerade vollführt, ist der Versuch, die ungeklärte Diskussion über die Flüchtlingskrise in der Gesellschaft für einen Machtkampf zu missbrauchen.”

Sigmar Gabriel



Voller Saal bei der Volkshochschule München am 18. Juni 2018.

Keine geschlossenen Lager mit der SPD

Die Union hat in den letzten Wochen ein beispielloses Theater auf Kosten des ganzen Landes veranstaltet. In der Hauptrolle Horst Seehofer, der mit seinen Machtspielen ein Exempel von Gestaltungsverweigerung und Verantwortungslosigkeit in der Bundespolitik statuiert hat, das seinesgleichen sucht.

Herausgekommen ist dann ein sogenannter Kompromiss, der mehr

Fragen aufwirft als beantwortet. Entzündet hat sich der Streit um die Frage nach Verfahren zur Zurückweisung bereits in der EU registrierter Flüchtlinge bereits an der Grenze (es geht hier um durchschnittlich 5 Personen am Tag!), die laut dem Kompromiss der Union mit „Transitzentren“ beantwortet werden sollten. Die Union hat mit dem Vorschlag von geschlossenen Lagern eine Idee aus

der Mottenkiste geholt, der die SPD bereits vor drei Jahren die Zustimmung verweigert hat. An dieser Haltung hat sich nichts geändert. **Wir als SPD wollen Humanität mit Realismus verbinden**, das bedeutet konkret keine nationalen Alleingänge, Sicherstellung von rechtsstaatlichen Verfahren und keine geschlossenen Lager. Damit haben wir uns in den Verhandlungen im Koalitionsaus-



Fortsetzung von S.2

schluss am Donnerstagabend vollumfänglich durchgesetzt. **Dank der SPD gibt es keine Lösung gegen Europa und keine einseitigen Zurückweisungen an der Grenze.** Es ist nun die Aufgabe des Bundesinnenministers mit den europäischen Partnern bilaterale Abkommen auszuhandeln. Gleichzeitig haben wir durchgesetzt, noch in diesem Jahr ein **Einwanderungsgesetz für Fachkräfte** zu verabschieden, um endlich legale Wege unter klaren Bedingungen nach Deutschland zu

schaffen. Zweifelsohne hätten wir als SPD früher eine Position zu dieser Frage entwickeln und lautstark vertreten müssen. Wir dürfen uns Fragen und Debatten, nur weil sie schwierig sind, nicht verweigern. Die Menschen haben verdient, dass wir Antworten finden und selbst gestalten. Florian Post hat sich dafür auch in der Fraktionsitzung in Berlin eingesetzt und eine wahrnehmbare Position von der Parteiführung gefordert: „Die Leute erwarten von der SPD eine klare

Position zur Migrations- und Flüchtlingspolitik“, wie auch hier berichtet wurde:
<https://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-migration-auch-die-spd-ist-gespalten-bei-der-fluechtlingspolitik/22748166.html>.

Die Diskussionen darüber fangen gerade erst an. Wir Münchner Abgeordnete laden Euch deshalb ein, euch an dieser Diskussion konstruktiv zu beteiligen. Dafür stehen wir Euch gerne persönlich zur Verfügung!

Soziales Bodenrecht für bezahlbaren Wohnraum

Die dramatische Verknappung und Verteuerung von Wohnraum und Bauland, insbesondere in Stadtregionen wie München, führt zu massiven Bodenspekulationen. Obwohl die „Sozialgerechte Bodennutzung“ (SoBon) ein bundesweites Vorbildmodell ist, musste München einen enormen Anstieg der Bodenpreise – seit 1950 um 34.000 Prozent - hinnehmen. Wichtiger Impulsegeber für ein neues Bodenrecht ist Alt-Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel. Bereits 1972 hat der ehemalige Bundesbauminister angemahnt, dass der Wertzuwachs des Bodeneigentums unverdient sei



Auf dem Ratschlag zur Bodenpolitik: Stephan Reiß-Schmidt, Christiane Thalgot, Klaus Mindrup MdB, Claudia Tausend MdB und Christian Stupka.

und zu einem Problem der Verteilungsgerechtigkeit geführt hätte. Seine Hartnäckigkeit und die Parteitagsbeschlüsse der Münchner SPD der letzten Jahre haben dazu beigetragen, dass CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag eine Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ vorgesehen haben. Am 19. Juni veranstaltete die Münchner SPD dazu eine parteiinterne Konferenz, um mit hochkarätigen Podiumsgästen und gut 100 Genossinnen und Genossen eine Reform des Bodenrechts auszuloten. Diese Konferenz war der Anstoß für eine langfristige Debatte zum Thema innerhalb der Münchner SPD – und darüber hinaus. Am darauffolgenden Wochenende lud ein zivilgesellschaftliches Bündnis zum „Münchener Ratschlag zur Bodenpolitik“ ein. Oberbürgermeister Dieter Reiter betonte in seiner Eröffnungsrede, dass Mietpreis- und Bodenpreisentwicklungen dringend zusammengedacht werden müssen. Er selbst hat daher schon im März einen „Münchener Zukunftsdialog für

ein soziales Bodenrecht“ mit renommierten Experten gestartet. Diese breitgefächerten Überlegungen umfassen ganz unterschiedliche Aspekte. Dazu zählt die Ausweitung des preislimitierten Vorkaufrechts und der Erhaltungssatzungsgebiete auf das gesamte Stadtgebiet. Etwa die Hälfte der Wohnungsbautätigkeit in München erfolgt im Innenbereich auf der Grundlage von § 34 BauGB. Die Erteilung einer Baugenehmigung stützt sich dabei ausschließlich auf städtebauliche Kriterien – jedoch nicht auf Belange des Gemeinwohls. Daher müssen die Planungsgewinnabgaben durch neue rechtliche Regelungen ausgeweitet werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Reform der Grundsteuer. Claudia Tausend wird als stellvertretende Sprecherin für Bauen und Wohnen der SPD-Bundestagsfraktion diese Punkte an die geplante Expertenkommission der Bundesregierung herantragen und auch hier die Interessen der Münchnerinnen und Münchner im Bund nachhaltig vertreten.



Bezahlbare Mieten in der Großstadt

Ein bezahlbares Dach über dem Kopf ist die drängendste soziale Frage in München wie in Berlin. Claudia Tausend hat dazu zusammen mit ihrem Berliner Bundestagskollegen Klaus Mindrup und Roland Fischer zu einem gemeinsamen Abend „Bezahlbare Mieten in der Großstadt. München meets Berlin“ ins Hofbräuhaus geladen. Klaus Mindrup sitzt mit Claudia Tausend im neuen Ausschuss für Bauen und Wohnen und fordert ein neues soziales Mietrecht. Roland Fischer ist als stellvertretender Vorsitzender der Münchner SPD und Leiter des AK Wohnen einer der Experten für Mieterfragen in der Partei.

Die beiden Bundestagsabgeordneten konnten dabei sehr aktuell von den konkreten Plänen zur Verschärfung des Mietrechts auf Bundesebene berichten. Bundesjustizministerin Katarina Barley hat ein Mietrechtspaket vorgelegt, das derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt wird. Vermieter sollen künftig ihren Mietern unaufgefordert mitteilen, wenn sie eine höhere Miete als die übliche Vergleichsmiete verlangen

wollen – und angeben, auf welche gesetzliche Ausnahmeregel sie sich dabei berufen. Zudem sollen sich Vermieter nur noch acht statt derzeit elf Prozent der Modernisierungskosten von ihren Mietern bezahlen lassen können. Eine Kappungsgrenze bei drei Euro je Quadratmeter sorgt dafür, dass die Mieter von vorneherein wissen, bis zu welchem Betrag die Miete im Höchstfall ansteigen kann. Gezieltes Herausmodernisieren – oder auch nur durch die Drohung damit – will die SPD künftig als Ordnungswidrigkeit ahnden. In Kraft treten sollen die Verschärfungen zum 1. Januar 2019. Die Union blockiert diese Verbesserungen nach Kräften. Für die zweite Jahreshälfte kündigte Katarina Barley dann ein Gesetz zur Reform der Mietspiegel an. Unter den gut 100 Gästen der Diskussionsveranstaltung waren auch viele, die selbst von Mietrechtsfällen betroffen waren. Darunter war die Mietergemeinschaft Adams-Lehmann-Straße. Ihre Wohnungen gehören der GBW, die 2013 der damalige Finanzminister Söder an ein Investorenkonsortium verkauft hatte.



Im Münchner Hofbräuhaus erklären Klaus Mindrup MdB, Claudia Tausend MdB und Roland Fischer die Pläne für ein neues Mietrecht.

Kaum privatisiert, erhöht die GBW die Miete der sozial geförderten Wohnungen. Roland Fischer kennt den Fall gut und erinnerte nochmals an den Skandal des damaligen Verkaufs. Hier ist der Freistaat, der die gesetzlichen Regelungen zur einkommensorientierten Förderung festlegt, in der Verantwortung. Roland Fischer sicherte für die Münchner SPD zu, Staatsministerin Ilse Aigner nicht aus der Pflicht zu entlassen. Auch den weiteren Betroffenen, die ihre Problemen vorgetragen hatten, sicherte Claudia Tausend zu, sich um Lösungen zu bemühen.

Bundestag beschließt verpflichtende LKW-Abbiegeassistenzsysteme

Etwa jeder siebte Verkehrsunfall mit Beteiligung von Radfahrern in München passiert, weil der PKW- oder LKW-Fahrer beim Rechtsabbiegen den in gleicher Richtung fahrenden Radfahrer übersieht. Anfang Mai ereignete sich ein besonders tragischer dieser Unfälle, bei dem eine neunjährige Radfahrerin auf dem Schulweg an der Schleißheimer Straße ums Leben kam.

Dabei gibt es wirksame Mittel, Radfahrer im Straßenverkehr zu schützen. Abbiegeassistenzsysteme in LKW könnten viele schreckliche Unfälle verhindern. Entsprechende Systeme sind seit mindestens zehn Jahren auf dem Markt verfügbar, wurden aber bis heute kaum zur Serienreife weiterentwickelt. Von Herstellern und Verbänden hat sich

die SPD-Fraktion vorführen lassen, welche Technik bereits existiert und wie mehr Sicherheit erreicht werden kann. Diese Systeme, die unter anderem vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club angemahnt werden, erkennen Verkehrsteilnehmer im sogenannten ‚toten Winkel‘ und warnen die LKW-Fahrer akustisch, optisch oder taktil und können bei

Fortsetzung von S.4

Bedarf eine Notbremsung auslösen. Mit Herstellern und Experten diskutierte die SPD, wie schnell eine verpflichtende Einführung realisierbar ist. Nach Angaben der Unfallforschung der Versicherer könnten in Deutschland durch elektronische Abbiegeassistenten 60 Prozent der Unfälle mit getöteten oder schwer verletzten Radfahrern verhindert werden. Da rund 40 Prozent der Lkw auf deutschen Straßen aus dem Ausland kommen, will die SPD europaweit

Abbiegeassistenzsysteme für neue LKW ab 3,5 Tonnen und eine Nachrüstpflicht durchsetzen. In einem gemeinsamen Antrag von Union, SPD und Grünen hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, nationale Regelungen für eine schnelle Einführung von Lkw-Abbiegeassistenzsystemen umzusetzen, wenn eine europäische Lösung nicht zeitnah zustande kommt. Eine angemessene Förderung mit klarem Zeithorizont bis zur verpflichtenden Einführung soll

Speditionen und Technikanbieter motivieren, Assistenzsysteme zeitnah einzubauen. Außerdem sollen Städte dabei unterstützt werden, Unfallschwerpunkte zu ermitteln. Sie sollen innovative Strategien zur Unfallvermeidung entwickeln und umsetzen. Ein Änderungsantrag der FDP, die Einbaupflicht auf Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen zu beschränken, wurde abgelehnt. Die AfD stimmte dagegen, da aus ihrer Sicht die Maßnahme unverhältnismäßig sei.

München als Vorbild in der Genossenschaftsförderung

Auf Einladung von Claudia Tausend besuchte Ende Juni eine Delegation aus Berliner Wohnungsbaugenossenschaften gemeinsam mit dem zuständigen Bundestagsabgeordneten Klaus Mindrup die Landeshauptstadt, um sich über die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften in München zu informieren. Die gut 45 Baugenossenschaften in München halten immerhin rund 40.000 Wohneinheiten, das sind 5% aller Wohnungen in München. Elf dieser Genossenschaften konnten sich seit 2014 neu gründen, gerade auch durch die Genossenschaftliche Immobilienagentur München. Hochrangige Verbandsvertreter vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen aus Berlin, Brüssel und Bayern begleiteten die Delegation. Um sich ein Bild vor Ort zu machen, tauschten sich die Genossenschaftler mit den Münchner Wohnungsbaugenossenschaften wagnis eG und WOGENO eG im Domagkpark aus. Mit seinem Konsortium aus Baugenossenschaften, Baugemeinschaften und städtischen Wohnbaugesellschaften

ist dieses neue Quartier ein Musterbeispiel für ein gutes Zusammenwirken und die Münchner Mischung. Bei einem Rundgang konnten die Berliner viele praktische Eindrücke sammeln. Das Gebäude der WOGENO erhielt 2018 den Deutschen Bauherrenpreis und bereichert mit seinem Quartiersladen DomagKasino das Viertel. Mit der Mobilverleihstation hat die WOGENO ein völlig neues Angebot entwickelt. Das mit dem Deutschen Städtebaupreis 2016 prämierte Projekt wagnisART zeichnet sich durch seine besondere Gebäudeform sowie die Gemeinschafts-Dachgärten aus. Das Austauschgespräch machte deutlich, wie wegweisend die Genossenschaftspolitik der Stadt München seit den neunziger Jahren bundesweit ist. Die Bundeshauptstadt könne sich, so einige Teilnehmer, dabei einige erprobte Instrumente anschauen. Auf die städtische Unterstützung im Besonderen ging der neue Wohnungsbaumanager Dr. Martin Klamt ein. Er koordiniert für das Planungsreferat die entsprechenden Planungen.

Besonders im Bereich der Vergabepolitik von Grundstücken geht München mit Konzeptausschreibungen bundesweit innovative Wege. Denn den Zuschlag erhält dabei nicht der Höchstbietende, sondern derjenige, der im Ausschreibungsverfahren das überzeugendste Konzept liefert. Zu den Kriterien zählen hier beispielsweise gemeinschaftsfördernde und ökologische Maßnahmen. So lassen sich preistreibende Wettbewerbe umgehen und langfristige Bindungen zugunsten des Mietwohnungsbaus umsetzen.



Thomas Kremer von Wogeno, Rut Maria Gollan von wagnis gemeinsam mit Claudia Tausend MdB und Klaus Mindrup MdB.

Termine

Florian Post

Bayerischer Verdienstorden



Florian Post mit dem Bezirksleiter der IG Metall in Bayern, Jürgen Wechsler.



Die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens fand im Antiquarium der Münchner Residenz statt.



Florian Post mit der Geschäftsführerin der DLD Hubert Burda Media GmbH, Steffi Czerny.

Der Bayerische Verdienstorden ist die höchste Auszeichnung des Landes Bayern und auf lediglich 2.000 lebende Ordensträgerinnen und -träger begrenzt. Die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens fand am 27.06. im Antiquarium der Münchner Residenz statt. Ganz herzlich gratulieren möchte ich der Gründerin und Managerin der jährlichen DLD-Konferenz, **Steffi Czerny**, der Landtagsabgeordneten **MdL Annette Karl**, dem Bezirksleiter der IG-Metall Bayern **Jürgen Wechsler** und ganz besonders auch dem Unternehmer und Präsidenten der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern **Eberhard Sasse**! Aus dem Münchner Norden wurde die Leiterin von LichtBlick Hasenberg, Frau **Johanna Hofmeir** ausgezeichnet, der ich ebenfalls ausdrücklich herzlich gratuliere! Sie alle haben sich „um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk in herausragender Weise verdient gemacht“.

Innovationsträger



Am 21. Juni war Florian Post mit der Landtagskandidatin Verena Schmidt-Völlmecke bei den Firmen SEP und temes im Landkreis Miesbach. Beeindruckend, welche Innovationsträger wir in Oberbayern haben! International eingesetzte Logistikkösungen und Vorreiter bei der Speicherung erneuerbarer Energien.

Sommerfest des Paul-Klinger-Künstlersozialwerks



Mit der Münchner Jazz-Legende Jenny Evans beim Sommerfest des Paul-Klinger-Künstlersozialwerks in der Freimann-Mohr-Villa!

Termine

Claudia Tausend

Landesparteitag



Bernhard Goodwin, Gerhard Mayer und Claudia Tausend in der Münchner Delegation zum Landesparteitag.

Amazon



Claudia Tausend zu Besuch bei amazon fresh in Daglfing mit dem Standortleiter Herr Schuster.

Kinder- und Bürgerfest Neuperlach



Claudia Tausend mit Markus Rinderspacher und Marina Achhammer am Kinder- und Bürgerfest der AWO Neuperlach

Bei Rinderspacher



Franz Müntefering bei Markus Rinderspacher mit Bertram Hacker, Cumali Naz, Doris Rauscher, Marina Achhammer, Mike Malm, Claudia Tausend, Hiltrud Broschei

Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der
Europäischen Union sowie im Ausschuss für Bau,
Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.